

| | | | |
|--|--|--|------------|
| Antrag der Fraktion Marburger Bürgerliste | Vorlagen - Nr.: Status: Datum: Eingang: | VO/3865/2015 öffentlich 25.02.2015 25.02.2015 | TOP |
| Stadtverordnetenversammlung Marburg | | | |
| <u>Beratende Gremien:</u> | Haupt- und Finanzausschuss Stadtverordnetenversammlung Marburg | | |

Antrag der MBL-Fraktion betrifft: Äußerungen von Dr. Thomas Spies (Oberbürgermeisterkandidat der SPD und MdL) zum Klinikum in der OP vom 13. 2. 2015

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung distanziert sich von den populistischen und diskriminierenden Äußerungen des Oberbürgermeisterkandidaten und MdL der SPD Dr. Thomas Spies zum Universitätsklinikum Gießen Marburg. Seinen in der Presse zitierten Aussagen:

"Hier haben Menschen Angst vor ihrem Krankenhaus, das darf so nicht bleiben."

"Das Vertrauen in die medizinische Einrichtung hat seit der Privatisierung gelitten."

wird mit aller Entschiedenheit widersprochen. Ebenso wird sein im selben Bericht zitierter Vorschlag im Falle eines "change of control" ernsthafte Verhandlungen über einen Einstieg in der öffentlichen Hand in das Klinikum mit dem Ziel wieder "Entscheidungen für die Sicherheit der medizinischen Versorgung in der Region" treffen zu können als populistisch und irreführend zurückgewiesen.

Begründung

Die Stadtverordnetenversammlung hat wie auch der Magistrat nie in Zweifel gezogen, dass die medizinische Versorgung durch das Universitätsklinikum auf allen Ebenen gewährleistet ist. Ebenso unbestritten ist man sich einig, dass die Privatisierung ein Fehler war. Das hat aber zu keinem Zeitpunkt die Sicherheit der medizinischen Versorgung in der Region gefährdet oder das Vertrauen in die medizinische Einrichtung beeinträchtigt. Die Äußerung: "Die Menschen haben Angst vor ihre Krankenhaus" diskriminiert die Institution Universitätsklinikum aber auch die dort arbeitenden Menschen, die ihr Bestes für die Krankenversorgung geben.

Dass die Krankenhausfinanzierung in Deutschland dringend neu organisiert und reformiert werden muss ist unbestritten und eine Aufgabe des Bundes. Glauben zu machen, dass eine Rekommunalisierung des UKGM die Probleme lösen würde, ist Augenwischerei.

Hermann Uchtmann